Grundsatzprogramm

Partei für Deutschland

Freiheit. Verantwortung. Zusammenhalt.

Ausgabe 2026

Politische Ziele und Reformrichtungen der Partei für Deutschland.

Inhalt

Präambel

1. Demokratie Rechtsstaat und politische Verantwortung

2. Europa Währung und nationale Selbstbestimmung

3. Innere Sicherheit Justiz und Bürgerrechte

4. Außenpolitik Verteidigung und internationale Zusammenarbeit

5. Arbeitsmarkt Sozialpolitik und Alterssicherung

6. Familie Kinder und gesellschaftlicher Zusammenhalt

7. Kultur Sprache Medien und Religionspolitik

8. Schule Hochschule Wissenschaft und Bildung

9. Migration Asyl Integration und Staatsangehörigkeit

10. Wirtschaft Mittelstand Digitalisierung und Verbraucherschutz

11. Steuern Finanzen und föderale Verantwortung

12. Energie Umwelt und technologieoffene Versorgung

13. Natur Landwirtschaft Forst und Tierschutz

14. Verkehr Wohnen Infrastruktur und ländliche Räume

15. Gesundheit Pflege und medizinische Versorgung

16. Ehrenamt Feuerwehr Vereine und bürgerschaftliche Verantwortung

17. Umsetzung Finanzierung und demokratischer Beschluss

Präambel

Die Partei für Deutschland setzt sich für einen freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Staat ein, der die Interessen seiner Bürger verantwortlich vertritt. Die Würde des Menschen, die Freiheit des Einzelnen, die Gleichheit vor dem Gesetz und die demokratische Selbstbestimmung bilden die Grundlage ihrer Politik. Deutschland soll ein Land bleiben, in dem Leistung sich lohnt, Familien Zukunft haben, Menschen sicher leben und öffentliche Einrichtungen zuverlässig funktionieren.

Die PfD verbindet ein konservatives Verständnis von kultureller Identität und gewachsenen Institutionen mit marktwirtschaftlicher Eigenverantwortung, sozialer Verantwortung und dem Ziel, politische Entscheidungen stärker an die Bürger zurückzubinden. Sie setzt auf nationale Souveränität, friedliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten und einen funktionierenden Rechtsstaat. Staatliches Handeln muss erklärbar, wirksam, finanzierbar und kontrollierbar sein.

Das Programm beschreibt langfristige politische Ziele und die zu ihrer Verwirklichung erforderlichen Reformrichtungen. Es unterscheidet zwischen geltendem Recht und geforderten Änderungen; Grundgesetz, verbindliche Grundrechte, Völkerrecht und die parlamentarisch-demokratischen Verfahren bilden den Maßstab ihrer Umsetzung. Gesetzesvorhaben benötigen vor ihrer Einbringung eine Folgenprüfung zu Kosten, Zuständigkeiten und Verfassungsmäßigkeit.

1. Demokratie Rechtsstaat und politische Verantwortung

1.1 Mehr unmittelbare Demokratie

Die PfD fordert Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene nach dem Vorbild bewährter direktdemokratischer Systeme. Bürger sollen selbst Gesetzesvorlagen anstoßen und über wichtige politische Weichenstellungen abstimmen können. Entscheidungen zur Übertragung erheblicher staatlicher Kompetenzen, zu wesentlichen Verfassungsänderungen und zu grundlegenden europäischen Verträgen sollen in einem rechtlich klar geregelten Verfahren dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Grundrechte und die Bindungen aus dem Rechtsstaat dürfen dabei nicht zur Disposition einer einfachen Mehrheit gestellt werden.

1.2 Verantwortungsvolle Parteienfinanzierung

Die staatliche Finanzierung politischer Parteien soll deutlich begrenzt und transparent geregelt werden. Die PfD strebt eine strenge parlamentarische und gerichtliche Kontrolle der Mittelverwendung, klare Grenzen mittelbarer staatlicher Zuschüsse und eine Überprüfung der Finanzierung parteinaher Organisationen an. Spenden, geldwerte Vorteile, parteieigene Wirtschaftstätigkeiten und Verflechtungen mit Interessenverbänden müssen nachvollziehbar veröffentlicht werden. Politischer Wettbewerb darf nicht von der Nähe zum Staat abhängen.

1.3 Freie Listenwahl und unabhängiges Mandat

Die PfD fordert Wahlrechtsreformen, die den Einfluss der Wähler auf einzelne Kandidaten stärken. Bei Listenwahlen sollen Möglichkeiten zum Kumulieren, Panaschieren und Streichen von Kandidaten geprüft werden. Abgeordnete sind ihrem Gewissen verpflichtet und sollen sich gegenüber Parteivorständen unabhängiger behaupten können. Wahlrechtsregeln müssen transparent, für Bürger verständlich und für kleine wie große Parteien fair sein.

1.4 Wahl des Bundespräsidenten

Die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung soll beibehalten werden. Die PfD fordert jedoch offene, frühzeitige Kandidatennominierungen, nachvollziehbare Auswahlkriterien und eine öffentliche Vorstellung der Kandidaten. Dieser Punkt weicht bewusst von der Direktwahlforderung der AfD-Grundsatzprogramm-Langfassung ab.

1.5 Gegen Steuerverschwendung und Haushaltsuntreue

Wer öffentliche Mittel vorsätzlich und in schwerwiegender Weise missbräuchlich verwendet, muss wirksam zur Verantwortung gezogen werden. Die PfD befürwortet die Prüfung eines präzise abgegrenzten Straftatbestands für besonders gravierende Formen der Haushaltsuntreue sowie stärkere zivil-, disziplinar- und haushaltsrechtliche Folgen. Rechnungshöfe sollen öffentliche Vorhaben frühzeitig prüfen können; Kostenüberschreitungen sind offenzulegen. Rechtmäßige politische Ermessensentscheidungen dürfen nicht allein wegen eines späteren Misserfolgs kriminalisiert werden.

1.6 Schlanker und leistungsfähiger Staat

Der Staat soll sich auf Aufgaben konzentrieren, die nur er zuverlässig erfüllen kann oder deren öffentliche Wahrnehmung besonders begründet ist. Innere und äußere Sicherheit, Rechtspflege, geordnete Finanzen und Außenbeziehungen gehören zu seinen Kernaufgaben. Weitere Zuständigkeiten sollen regelmäßig auf Notwendigkeit, Wirtschaftlichkeit und Bürgernähe geprüft werden. Eine Übertragung an private, gemeinnützige oder kommunale Träger kommt nur bei gesicherter Qualität, demokratischer Kontrolle und verlässlicher Versorgung in Betracht.

1.7 Gewaltenteilung und Unabhängigkeit staatlicher Institutionen

Parlamente, Regierungen, Gerichte und Rechnungshöfe sollen ihre Aufgaben ohne unzulässige parteipolitische Einflussnahme erfüllen. Die PfD fordert transparente Berufungsverfahren, effektive Kontrolle von Regierungsentscheidungen und institutionelle Sicherungen gegen personelle Verflechtungen. Die Unabhängigkeit der Richter und die rechtsstaatliche Kontrolle staatlichen Handelns sind zu gewährleisten.

1.8 Trennung von Regierungsamt und Parlamentsmandat

Regierungsmitglieder sollen nicht gleichzeitig ein Abgeordnetenmandat ausüben. Die PfD strebt eine institutionelle Trennung von Exekutive und Legislative an und will parlamentarische Staatssekretärsposten in ihrer gegenwärtigen Form abschaffen. Erforderliche Verfassungs- und Organisationsänderungen sollen mit praktikablen Übergangsregeln verbunden werden.

1.9 Größe der Parlamente und Wahlrecht

Bundestag und Landesparlamente sollen arbeitsfähig, bürgernah und im Umfang angemessen bleiben. Die PfD befürwortet eine Verkleinerung parlamentarischer Gremien, legt aber vor einer fachlichen Prüfung keine feste Sitzzahl fest. Wahlkreisrepräsentation, Verhältniswahl, Arbeitsfähigkeit der Ausschüsse und föderale Unterschiede müssen gemeinsam bewertet werden. Eine pauschale Übernahme früherer Zahlenvorschläge erfolgt nicht.

1.10 Amtszeitbegrenzung

Die PfD will einer dauerhaften politischen Berufslaufbahn entgegenwirken und Mandate grundsätzlich auf vier Legislaturperioden begrenzen. Für direkt gewählte Abgeordnete soll eine Ausnahme vorgesehen werden. Die konkrete rechtliche Ausgestaltung muss insbesondere Wahlrechtsgleichheit, das passive Wahlrecht und die Freiheit des Mandats beachten; dafür sind die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zu klären.

1.11 Lobbyismus und Nebentätigkeiten

Bezahlte Nebentätigkeiten sollen für Abgeordnete weiterhin möglich sein, dürfen aber die Ausübung des Mandats nicht beeinträchtigen. Die PfD fordert vollständige und leicht zugängliche Angaben über relevante Nebeneinkünfte, Auftraggeber, Interessenkonflikte und wesentliche Lobbykontakte. Verstöße sollen überprüfbar und wirksam sanktionierbar sein. Anders als ein vollständiges Nebentätigkeitsverbot setzt die PfD auf Transparenz, Unvereinbarkeitsregeln und Kontrolle.

1.12 Gesetzliche Altersversorgung für Abgeordnete

Abgeordnete des Bundestages sollen aus ihrer Entschädigung verpflichtend Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung leisten. Private Zusatzvorsorge bleibt möglich. Das besondere System der Altersentschädigung soll durch eine nachvollziehbare Neuregelung ersetzt werden, die bestehende Ansprüche rechtsstaatlich berücksichtigt und den Status des freien Mandats wahrt. Die PfD übernimmt damit nicht die ältere Forderung, Parlamentarier ausschließlich auf private Eigenvorsorge zu verweisen.

1.13 Politische Beamte und Ämterpatronage

Die PfD will politische Beamtenstellen in der Staatsverwaltung grundsätzlich abschaffen und Personalentscheidungen konsequent nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung treffen. Nachweislich rechtswidrige Ämterpatronage soll durch wirksame Disziplinar-, Kontroll- und gegebenenfalls neue strafrechtliche Vorschriften geahndet werden. Für den Strafrechtsschutz müssen objektive Tatbestandsmerkmale und ein hoher Bestimmtheitsgrad gelten. Besetzungsverfahren sollen dokumentiert, überprüfbar und soweit möglich öffentlich nachvollziehbar sein.

1.14 Parlamentarische Selbstkontrolle und unabhängige Aufsicht

Entscheidungen der Parlamente über eigene Bezüge, Sonderrechte und Mittelzuweisungen sollen besonders strengen Transparenz- und Kontrollvorgaben unterliegen. Rechnungshöfe brauchen wirksame Prüfungsrechte; Korruptionsprävention, nachvollziehbare Vergabeentscheidungen und Offenlegung von Interessenverbindungen müssen in Bund, Ländern und Gemeinden einheitlich gestärkt werden. Die demokratische Kontrolle öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen ist auszuweiten.

2. Europa Währung und nationale Selbstbestimmung

2.1 Europa souveräner Staaten

Die PfD befürwortet ein Europa, in dem souveräne demokratische Nationen vertrauensvoll zusammenarbeiten. Europäische Politik soll sich auf grenzüberschreitende Aufgaben beschränken, die national nicht wirksam gelöst werden können. Kompetenzen, die ohne erkennbaren Mehrwert auf europäischer Ebene liegen, sollen an die Mitgliedstaaten zurückgegeben werden. Nationale Parlamente und Bürger sollen bei wichtigen Kompetenzverschiebungen mehr Entscheidungsrechte erhalten.

2.2 Reform der Europäischen Union

Die Europäische Union soll auf Subsidiarität, Vertragstreue, Transparenz und eine klar begrenzte Aufgabenteilung verpflichtet werden. Die PfD will nationale Gestaltungsrechte in Haushalts-, Sozial-, Kultur-, Bildungs- und Migrationsfragen sichern, soweit gemeinsame Regeln nicht zwingend erforderlich sind. Gemeinsame Institutionen sollen schlank, rechenschaftspflichtig und unmittelbar kontrollierbar sein. Über grundlegende Änderungen der europäischen Vertragsordnung sollen Bürger abstimmen können.

2.3 Gemeinsame europäische Interessen

Die Zusammenarbeit in Handel, Forschung, technischer Normung, grenzüberschreitender Infrastruktur, Terrorismusabwehr und außenpolitischen Fragen soll dort verstärkt werden, wo konkrete Vorteile nachweisbar sind. Die PfD lehnt eine pauschale Zentralisierung ab und befürwortet flexible Vereinbarungen souveräner Staaten mit klaren Rechten und Pflichten.

2.4 Währungspolitische Selbstbestimmung

Die PfD verlangt eine grundlegende demokratische Überprüfung der deutschen Mitgliedschaft in der gemeinsamen Währung. Über einen weitreichenden Umbau der Währungsordnung soll eine Volksabstimmung ermöglicht werden. Rechtlich und wirtschaftlich tragfähige Alternativen zum derzeitigen Euro-System, einschließlich nationaler Währungsoptionen und geordneter Austritts- oder Neuordnungsmodelle, sind offen zu prüfen. Übergangskosten, Verträge, Sparguthaben, Kredite und Haftungsrisiken sind vor jeder Entscheidung transparent offenzulegen.

2.5 Keine unbegrenzte Haftung für fremde Finanzrisiken

Deutschland soll nicht dauerhaft für Risiken aus Bankensystemen oder Staatshaushalten anderer Länder ohne demokratische Legitimation und wirksame Gegenkontrolle haften. Die PfD fordert klare Haftungsgrenzen, Gläubigerverantwortung, glaubwürdige Restrukturierungsregeln und eigenverantwortliche nationale Haushaltsführung. Risiken öffentlicher Garantien und Rettungsinstrumente sind jährlich vollständig auszuweisen.

3. Innere Sicherheit Justiz und Bürgerrechte

3.1 Polizei wirksam stärken

Die PfD fordert ausreichend Personal, moderne Ausstattung, leistungsfähige Leitstellen, sichere IT und verlässliche Fortbildung für Polizei und Sicherheitsbehörden. Präsenzdienst und Ermittlungsarbeit sollen gestärkt, Verfahrensabläufe digitalisiert und polizeiliche Aufgaben von vermeidbarer Bürokratie entlastet werden. Polizeiarbeit braucht rechtliche Klarheit, gerichtliche Kontrolle und einen wirksamen Schutz der Beschäftigten.

3.2 Schnellere Strafverfahren

Staatsanwaltschaften und Strafgerichte benötigen mehr Kapazität, bessere digitale Zusammenarbeit und konsequente Vollstreckung rechtskräftiger Entscheidungen. Die PfD befürwortet eine weitreichende institutionelle Unabhängigkeit staatsanwaltschaftlicher Entscheidungen und transparente Regeln für die Bestellung leitender Justizpersonen. Richterliche Unabhängigkeit bleibt unantastbar.

3.3 Schutz von Polizei Feuerwehr und Rettungsdienst

Gewalttätige Angriffe auf Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, Justizbedienstete und andere Personen in hoheitlichen oder gemeinwohlorientierten Einsätzen müssen konsequent verfolgt werden. Die PfD befürwortet angemessene Strafverschärfungen bei gezielten Angriffen, bessere Beweissicherung, psychosoziale Unterstützung und schnelle gerichtliche Verfahren. Der Schutz gilt unabhängig von Beschäftigungsstatus und Trägerschaft des Rettungsdienstes.

3.4 Opferrechte stärken

Opfer schwerer Straftaten benötigen verlässliche Auskunft über Verfahren, Schutz vor Einschüchterung, psychosoziale Prozessbegleitung und praktikable Entschädigung. Täterarbeit und Resozialisierung bleiben Teil rechtsstaatlicher Kriminalpolitik, dürfen aber die Interessen geschädigter Menschen nicht verdrängen. Die PfD will Opferschutzeinrichtungen und Hilfen bei häuslicher, sexualisierter und extremistischer Gewalt besser verzahnen.

3.5 Waffenrecht und verantwortliche Eigentümer

Die PfD lehnt pauschale neue Verschärfungen für zuverlässig überprüfte legale Waffenbesitzer ab. Jäger, Sportschützen und Sammler sollen mit verständlichen Regeln planen können. Zugleich sind Sicherheitsüberprüfungen, sichere Aufbewahrung und konsequentes Vorgehen gegen illegalen Waffenhandel und Waffenmissbrauch notwendig. Änderungen sollen auf nachgewiesener Gefahrenlage beruhen.

3.6 Datenschutz und Strafverfolgung

Datenschutz ist ein Bürgerrecht und darf nicht pauschal gegen Sicherheitsinteressen ausgespielt werden. Ermittlungsbehörden sollen rechtlich geregelten Zugang zu erforderlichen Daten erhalten, wenn dies im konkreten Fall notwendig, verhältnismäßig und kontrolliert ist. Datenzugriffe sind zu protokollieren; anlasslose Überwachung und unbefristete Datensammlungen lehnt die PfD ab.

3.7 Organisierte Kriminalität und Terrorismus

Organisierte Kriminalität, Extremismus, Schleusung, Geldwäsche und Cyberkriminalität sollen durch spezialisierte Ermittler, bessere internationale Zusammenarbeit, konsequente Vermögensabschöpfung und schnelleren Informationsaustausch bekämpft werden. Die PfD fordert handlungsfähige Finanzermittlungen und wirksame Kontrollinstrumente gegen kriminelle Netzwerke. Bürger- und Verfahrensrechte bleiben gesichert.

3.8 Zivilgerichtsbarkeit und Rechtssicherheit

Schnelle und fachkundige Zivil-, Verwaltungs-, Arbeits- und Finanzgerichtsbarkeit ist Voraussetzung für Vertrauen und einen leistungsfähigen Wirtschaftsstandort. Die PfD fordert gut ausgestattete Gerichte, verständliche Verfahren, digitale Akteneinsicht und transparente Verfahrensstatistiken. Rechtsschutz darf weder an überlangen Bearbeitungszeiten noch an unüberschaubaren Kosten scheitern.

3.9 Grenzschutz und öffentliche Ordnung

Bundespolizei, Zoll und zuständige Landesbehörden sollen Grenzkriminalität, Menschenhandel und unerlaubte Einreisen mit abgestimmten Maßnahmen bekämpfen. Stationäre und mobile Kontrollen sowie europäischer Außengrenzschutz sind nach Lage, Recht und Verhältnismäßigkeit zu organisieren. Schutzbegehren müssen im gesetzlich vorgesehenen Verfahren geprüft werden.

4. Außenpolitik Verteidigung und internationale Zusammenarbeit

4.1 Außenpolitik im nationalen Interesse

Die PfD setzt auf Diplomatie, verlässliche Partnerschaften, wirtschaftliche Zusammenarbeit und friedliche Konfliktlösung. Außenpolitische Verpflichtungen müssen offen begründet werden; militärische Einsätze verlangen eine klare Rechtsgrundlage und parlamentarische Kontrolle. Eine eigenständige deutsche Interessenabwägung soll mit europäischer Kooperation und internationalen Verträgen vereinbar sein.

4.2 Vereinte Nationen reformieren

Die Vereinten Nationen bleiben ein wichtiger Rahmen für Diplomatie und internationale Zusammenarbeit. Die PfD befürwortet Reformen, die Entscheidungsprozesse nachvollziehbarer, Institutionen effizienter und Beiträge wirksamer machen. Internationale Hilfe und Sanktionen sollen überprüfbare Ziele, Evaluation und Rechenschaftspflicht besitzen.

4.3 NATO als Verteidigungsbündnis

Die PfD versteht die NATO in erster Linie als Bündnis zur kollektiven Verteidigung ihrer Mitglieder. Bündnisverpflichtungen müssen auf Vertragstreue, gegenseitiger Lastenteilung und sicherheitspolitischer Vernunft beruhen. Einsätze über die Verteidigung hinaus sind besonders streng hinsichtlich Mandat, Ziel, Dauer und Folgen zu prüfen.

4.4 OSZE und europäische Sicherheitsordnung

Abrüstungsgespräche, Konfliktprävention, vertrauensbildende Maßnahmen und internationale Beobachtermissionen sollen gestärkt werden. Die PfD unterstützt die OSZE als Forum für Sicherheit und Dialog. Eine dauerhafte Friedensordnung in Europa muss die Souveränität der Staaten, die friedliche Streitbeilegung und die Unverletzlichkeit der Grenzen achten.

4.5 Einsatzbereite Bundeswehr

Deutschland benötigt eine personell, materiell und organisatorisch einsatzfähige Bundeswehr. Die PfD fordert verlässliche Beschaffung, umfassende Ausbildung, attraktive Soldatenlaufbahnen, ausreichende Munitions- und Ersatzteilbestände und funktionierende Reservekonzepte. Die Bundeswehr muss Landes- und Bündnisverteidigung glaubwürdig erfüllen können. Ein zentralisiertes europäisches Heer lehnt die PfD ab; militärische Zusammenarbeit bleibt möglich.

4.6 Wehrpflicht und gesellschaftlicher Dienst

Die PfD befürwortet eine Wiedereinführung der Wehrpflicht nach Prüfung der verfassungsrechtlichen, personellen und organisatorischen Voraussetzungen. Gewissensfreiheit und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung sind zu gewährleisten. Ergänzende freiwillige Dienste bei Katastrophenschutz, Feuerwehr, Rettungsdienst und sozialen Einrichtungen sollen gestärkt werden.

4.7 Entwicklungspolitik mit überprüfbarem Nutzen

Entwicklungszusammenarbeit soll Armut mindern, tragfähige lokale Strukturen fördern, Korruption verhindern und Eigenverantwortung stärken. Finanzielle Hilfen müssen an überprüfbare Projekte und klare Rechenschaft gebunden werden. Die PfD will Rückübernahmeabkommen und Zusammenarbeit mit Herkunftsstaaten stärker koordinieren, humanitäre Soforthilfe aber nach Bedarf und Völkerrecht leisten.

5. Arbeitsmarkt Sozialpolitik und Alterssicherung

5.1 Arbeit und Leistung stärken

Arbeitgeber, Selbstständige und Beschäftigte sollen von unnötigen Nachweis- und Berichtspflichten entlastet werden. Die PfD befürwortet flexible Arbeitsgestaltung im Rahmen verlässlicher Schutzrechte sowie eine stärkere Anerkennung beruflicher Qualifikation. Gute Arbeit entsteht durch Investitionen, faire Wettbewerbsbedingungen und einen funktionierenden Arbeitsmarkt.

5.2 Arbeitsvermittlung neu organisieren

Die PfD will die Aufgabenteilung zwischen Bundesagentur für Arbeit, Jobcentern und Kommunen grundlegend überprüfen. Vermittlung und Betreuung sollen stärker örtlich verantwortet, Verwaltungswege verkürzt und Doppelstrukturen abgebaut werden. Eine Auflösung oder umfassende Umgestaltung zentraler Behörden bedarf eines Übergangsmodells, das Auszahlung, Beratung und Rechte der Leistungsberechtigten durchgehend sichert.

5.3 Mindestlohn und faire Wettbewerbsbedingungen

Der gesetzliche Mindestlohn soll erhalten bleiben. Seine Entwicklung soll sich an wirtschaftlicher Tragfähigkeit, dem Schutz vor Lohndumping und der Arbeit unabhängiger Fachgremien orientieren. Die PfD will Schwarzarbeit, Scheinselbstständigkeit und illegale Beschäftigung wirksam bekämpfen, ohne kleine Betriebe mit unnötiger Bürokratie zu überlasten.

5.4 Aktivierende soziale Sicherung

Soziale Leistungen müssen Menschen in Not verlässlich absichern und zugleich Anreize zur Aufnahme zumutbarer Arbeit setzen. Die PfD fordert verständliche Anspruchsregeln, wirksame Missbrauchskontrollen, individuelle Förderung und abgestufte Mitwirkungspflichten innerhalb verfassungsrechtlicher Grenzen. Für Kranke, Menschen mit Behinderung und nicht arbeitsfähige Personen ist ein bedarfsgerechter Schutz zu gewährleisten.

5.5 Familien im Sozialsystem gerecht behandeln

Eltern, die Kinder erziehen, und Menschen, die Angehörige pflegen, übernehmen gesellschaftlich wertvolle Aufgaben. Erziehungs- und Pflegezeiten sollen in Renten- und Sicherungssystemen angemessen berücksichtigt werden. Die PfD will finanzielle Benachteiligungen durch Beiträge, Steuern und Leistungsansprüche überprüfen und abbauen.

5.6 Renten und Generationengerechtigkeit

Das Alterssicherungssystem soll langfristig tragfähig und für verschiedene Erwerbsbiografien gerecht ausgestaltet werden. Die PfD fordert eine transparente Finanzierung, besseren Schutz vor Altersarmut sowie eine nachvollziehbare Bewertung von Beitrags-, Erziehungs- und Pflegezeiten. Reformen sollen Eigentums- und Vertrauensschutz beachten und die Lasten zwischen Generationen fair verteilen.

5.7 Pflege durch Angehörige

Häusliche Pflege soll durch zeitliche Entlastung, Beratung, Kurzzeitpflege, Rentenbeiträge und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gestärkt werden. Angehörige sollen pflegen können, ohne dadurch dauerhaft wirtschaftlich benachteiligt zu werden. Professionelle Dienste und stationäre Einrichtungen müssen als verlässliche Ergänzung verfügbar bleiben.

6. Familie Kinder und gesellschaftlicher Zusammenhalt

6.1 Familie als Fundament

Die PfD begreift die Familie mit Kindern als tragende Gemeinschaft. Ehe, Elternschaft und generationenübergreifende Verantwortung sollen politisch gestärkt werden. Staatliche Leistungen müssen die tatsächliche Verantwortung für Kinder in den Mittelpunkt stellen und dürfen Familien nicht aufgrund unterschiedlicher Lebensmodelle ungleich behandeln. Kinderwohl und die Rechte der Eltern bilden den Maßstab.

6.2 Familienfreundliche Demografiepolitik

Die PfD will die Bedingungen verbessern, unter denen sich Menschen für Kinder entscheiden können. Bezahlbarer Wohnraum, sichere Beschäftigung, verlässliche Betreuungsangebote und steuerliche Entlastung sollen Familiengründungen erleichtern. Demografische Herausforderungen sollen in erster Linie durch eine nachhaltige Familien-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik bewältigt werden; Migration kann diese Aufgaben nicht ersetzen.

6.3 Finanzielle Entlastung für Familien

Kinderfreibeträge, Kindergeld, familienbezogene Steuerregelungen und Leistungen für einkommensschwache Haushalte sollen verständlich aufeinander abgestimmt werden. Die PfD unterstützt die Weiterentwicklung eines Familiensplittings und faire Entlastungen für größere Familien. Dabei sind Verteilungswirkungen und die Auswirkungen auf Alleinerziehende ausdrücklich zu prüfen.

6.4 Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung

Eltern sollen selbst entscheiden können, ob und in welchem Umfang sie ihre Kinder zu Hause, in einer Kindertagesstätte oder in anderen geeigneten Formen betreuen lassen. Die PfD will familiäre Betreuung finanziell anerkennen und gleichzeitig flächendeckend gute Betreuungsplätze ermöglichen. Erziehung zu Hause darf nicht pauschal abgewertet werden.

6.5 Alleinerziehende unterstützen

Alleinerziehende benötigen besondere Unterstützung durch planbare Betreuung, wirksame Unterhaltsdurchsetzung, flexible Arbeitsmodelle und zielgerichtete Entlastungen. Die PfD will vermeiden, dass Erwerbstätigkeit oder ein Betreuungswechsel zu unkalkulierbaren Leistungseinbußen führt. Das Kindeswohl steht im Mittelpunkt.

6.6 Schwangerschaft Geburt und frühe Hilfen

Die PfD fordert einen wirksamen Schutz von Mutter und ungeborenem Leben unter Achtung der geltenden verfassungsrechtlichen Vorgaben und des Selbstbestimmungsrechts im gesetzlichen Rahmen. Schwangerschaftsberatung, medizinische Versorgung, Hilfen in Notlagen und Unterstützung nach der Geburt sollen leichter zugänglich sein. Entscheidungen in persönlichen Konfliktsituationen verlangen respektvolle Beratung ohne Druck.

6.7 Schutz von Kindern und Jugendlichen

Kinderschutz, Schutz vor Vernachlässigung und Gewalt sowie sichere Bildungs- und Freizeitangebote müssen zuverlässig finanziert werden. Die PfD will Jugendämter, Schulen, Vereine und Gesundheitsdienste besser vernetzen. Prävention und frühzeitige Hilfen sollen Vorrang haben, während bei akuter Kindeswohlgefährdung konsequent gehandelt werden muss.

7. Kultur Sprache Medien und Religionspolitik

7.1 Deutsche Kultur und Identität

Sprache, Geschichte, Traditionen, Heimatpflege und kulturelles Erbe prägen den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die PfD will Denkmalschutz, Museen, regionale Bräuche und kulturelle Bildung stärken. Deutschland bleibt offen für kulturellen Austausch; die gemeinsame demokratische Rechtsordnung und die deutsche Sprache bilden die Grundlage des Zusammenlebens.

7.2 Gemeinsam gelebte Werteordnung

Die PfD tritt für die Achtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, der Gleichberechtigung, der Meinungsfreiheit und der Religionsfreiheit ein. Sie erwartet von allen dauerhaft hier lebenden Menschen die Anerkennung der geltenden Gesetze. Parallelgesellschaften, politischer Extremismus und die Ablehnung rechtsstaatlicher Regeln dürfen durch öffentliche Förderung nicht begünstigt werden.

7.3 Deutsche Sprache stärken

Deutsch ist die verbindende Sprache staatlicher Institutionen, Schulen und des gesellschaftlichen Alltags. Die PfD fordert bessere Sprachförderung, mehr Lesekompetenz und den Erhalt eines verständlichen amtlichen Sprachgebrauchs. Staatlich verordnete Sprachformen ohne breite Akzeptanz lehnt sie ab. Wissenschaftliche und kulturelle Vielfalt der Sprache bleibt geschützt.

7.4 Kultur ohne Parteipolitik

Öffentlich finanzierte Kulturinstitutionen sollen nach fachlichen Kriterien und ohne parteipolitische Vereinnahmung arbeiten. Förderentscheidungen brauchen transparente Vergabeverfahren und unabhängige Jurys. Kunstfreiheit und die Vielfalt kultureller Angebote sind zu respektieren.

7.5 Rundfunk und Medienordnung

Die PfD will die Finanzierung und den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks grundlegend reformieren und den verpflichtenden Rundfunkbeitrag abschaffen. Ein eng definierter, überprüfbarer öffentlich-rechtlicher Auftrag soll finanziell transparent und politisch unabhängig erfüllt werden. Medienvielfalt, Pressefreiheit und unabhängiger Journalismus sind unverzichtbar. Für neue Finanzierungsmodelle sind rechtlich belastbare Alternativen vorzulegen.

7.6 Religionsfreiheit und politischer Islam

Religiöse Überzeugungen genießen den Schutz des Grundgesetzes. Die PfD unterscheidet zwischen persönlicher Religionsausübung und politischen Bestrebungen, die die freiheitliche Rechtsordnung ablehnen. Sie will gegen islamistische Organisationen, extremistische Einflussnahme und ausländische Steuerung religiöser Einrichtungen vorgehen. Öffentliche Förderung und rechtliche Privilegien müssen an Verfassungstreue, Transparenz und allgemeine Gleichbehandlung gebunden sein.

7.7 Finanzierung religiöser Organisationen

Ausländische Finanzierung religiöser Einrichtungen soll vollständig transparent werden und bei nachweisbarer extremistischer Einflussnahme untersagt werden können. Die PfD fordert strenge Prüfungen für religiöse Organisationen, die besondere öffentlich-rechtliche Privilegien beantragen. Maßgeblich sind rechtsstaatliche, für alle Religionsgemeinschaften gleich geltende Kriterien.

7.8 Öffentliche Verschleierung und Gleichberechtigung

Die PfD befürwortet gesetzliche Beschränkungen der vollständigen Gesichtsverhüllung in Bereichen, in denen Identifizierbarkeit, staatliche Neutralität, Sicherheit oder unmittelbare Kommunikation erforderlich sind. Weitergehende Verbote sind am Grundrecht der Religionsfreiheit und am Verhältnismäßigkeitsprinzip zu prüfen. Zwang und Einschüchterung gegenüber Frauen und Mädchen sind konsequent zu bekämpfen.

8. Schule Hochschule Wissenschaft und Bildung

8.1 Qualität der Schulen

Die PfD fordert verbindliche Bildungsstandards, Unterricht in den Kernfächern, sichere Lernumgebungen und nachvollziehbare Leistungsbewertung. Lesen, Schreiben, Mathematik, Naturwissenschaften, Geschichte und staatsbürgerliche Bildung müssen zentrale Bestandteile bleiben. Länder sollen ihre Schulhoheit verantwortungsvoll wahrnehmen und Vergleichbarkeit der Abschlüsse sicherstellen.

8.2 Differenzierte Bildungswege

Unterschiedliche Begabungen und Lernvoraussetzungen benötigen vielfältige Bildungsangebote. Die PfD befürwortet leistungsorientierte Schulformen, Förderschulen, gemeinsames Lernen dort, wo es pädagogisch sinnvoll ist, sowie individuelle Förderung. Eine einheitliche Schulform für alle wird abgelehnt; Schüler mit Behinderung haben Anspruch auf angemessene Förderung und Teilhabe.

8.3 Leistungsbereitschaft und Schulordnung

Schulen sollen Wissen vermitteln, Disziplin fördern und auf selbstständiges Handeln vorbereiten. Unterrichtsstörungen und Gewalt müssen wirksam begegnet werden; Lehrkräfte benötigen klare pädagogische Befugnisse und Unterstützung. Leistung soll anerkannt werden, ohne Kinder mit besonderem Förderbedarf auszuschließen.

8.4 Politische Neutralität in der Bildung

Schulen dürfen nicht zum Instrument parteipolitischer Werbung werden. Politische Bildung soll kontroverse Positionen sachlich darstellen, demokratische Grundprinzipien vermitteln und kritisches Denken fördern. Eltern sind über Unterrichtsinhalte und altersangemessene Sexual- und Werteerziehung transparent zu informieren.

8.5 Duale Ausbildung und berufliche Bildung

Handwerk, Industrie, Handel, Dienstleistung und soziale Berufe benötigen starke Ausbildungsgänge. Die PfD will Berufsschulen modernisieren, Abschlussanerkennung vereinfachen und Aufstiegsqualifikationen stärken. Berufliche Abschlüsse und akademische Bildung müssen gesellschaftlich gleichwertig angesehen werden.

8.6 Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie

Forschung und Lehre sollen unabhängig von Parteipolitik und ideologischer Einflussnahme sein. Hochschulen brauchen verlässliche Grundfinanzierung, akademische Selbstverwaltung und transparenten Wettbewerb um Fördermittel. Studiengänge und Forschungsfelder sollen anhand wissenschaftlicher Qualität beurteilt werden; die PfD lehnt eine privilegierte Förderung einzelner ideologischer Ansätze ab.

8.7 Studienabschlüsse und Leistungsstandards

Die PfD will die Rückkehr zu Diplom-, Magister- und Staatsexamensabschlüssen dort ermöglichen, wo diese fachlich sinnvoll sind und internationale Vergleichbarkeit gewährleistet bleibt. Anforderungen an Studierende sollen klar, anspruchsvoll und leistungsbezogen sein. Prüfungen dürfen nicht durch bloße Formalisierung ihren fachlichen Wert verlieren.

8.8 Religion Ethik und schulische Gleichbehandlung

In öffentlichen Schulen sollen für alle Kinder dieselben verbindlichen Unterrichts- und Sicherheitsregeln gelten. Religiöse Bildung darf demokratische Grundwerte nicht verletzen; illegale oder extremistisch geprägte Einrichtungen sind zu schließen. Die PfD unterstützt sachlichen Ethikunterricht und kontrollierte schulische Angebote, in denen Religionen kritisch und ausgewogen behandelt werden.

8.9 Gleichberechtigung und Sprache

Mädchen und Jungen sollen dieselben Chancen auf Bildung, berufliche Entwicklung und persönliche Entfaltung haben. Die PfD lehnt verpflichtende Geschlechterquoten und staatlich vorgeschriebene Sprachformen ab, soweit sie Leistungsprinzip und sprachliche Freiheit ersetzen. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bleibt zu bekämpfen; rechtlich gebotene Gleichstellung ist zu gewährleisten.

9. Migration Asyl Integration und Staatsangehörigkeit

9.1 Grundsätze

Die Partei tritt für eine geordnete, nachvollziehbare und rechtlich kontrollierte Migrationspolitik ein. Sie unterscheidet zwischen dem Schutz von Menschen, die nach geltendem Recht Anspruch auf Schutz haben, gezielter Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte und Aufenthalten ohne dauerhafte Bleibeperspektive. Staatliche Entscheidungen sollen zügig, verbindlich und unter Beachtung von Grundgesetz, Menschenrechten, europäischem Recht und rechtsstaatlichem Rechtsschutz getroffen werden.

Zentrale Ziele sind die wirksame Steuerung von Zuwanderung, die Entlastung überforderter Verwaltungsstrukturen, die konsequente Anwendung rechtskräftiger Entscheidungen und klare Integrationsanforderungen.

9.2 Grenzschutz und Einreisekontrollen

Die Partei befürwortet ein abgestuftes Grenzschutzkonzept aus lageabhängigen, zeitlich begrenzten Kontrollen an den deutschen Grenzen, mobilen polizeilichen Maßnahmen im Grenzraum sowie einer wirksamen europäischen Außengrenzsicherung. Kontrollen sollen sich an dokumentierten Sicherheits- und Migrationslagen orientieren und den Anforderungen an Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit genügen.

Bundespolizei, zuständige Landesbehörden und europäische Partner sollen Informationen schneller austauschen. Rechtswidrige Einreisen und Schleusungskriminalität sollen mit rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Grenzkontrollen dürfen gesetzlich vorgesehene Schutz- und Asylprüfungen nicht pauschal ausschließen.

9.3 Schnellere und verlässliche Asylverfahren

Asylentscheidungen sollen innerhalb transparenter Bearbeitungsziele ergehen, ohne die individuelle Prüfung und wirksame Rechtsmittel auszuhöhlen. Dazu sollen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie zuständige Gerichte personell und technisch angemessen ausgestattet werden.

Vorgesehen sind durchgängig digitale Akten, standardisierte Schnittstellen zwischen Behörden, frühzeitige Identitätsklärung, einheitliche Qualitätsstandards und geeignete gesetzliche Verfahrensbeschleunigungen. Besondere Schutzbedürftigkeit und individuelle Fluchtgründe sind weiterhin sachgerecht zu prüfen. Für Bescheide und Gerichtsverfahren sollen nachvollziehbare Kennzahlen veröffentlicht werden.

9.4 Rückkehr und Rückführung

Bei fehlendem Aufenthaltsrecht sollen vollziehbare Rückkehrentscheidungen wirksam umgesetzt werden. Vorrang haben verlässliche Identitätsfeststellung, rechtzeitige Beschaffung von Reisedokumenten, bessere Abstimmung zwischen Behörden und tragfähige Rückübernahmeabkommen mit Herkunftsstaaten.

Freiwillige Rückkehr soll durch transparente Beratung und angemessene Programme gefördert werden. Wo gesetzlich zulässig und tatsächlich möglich, sollen behördlich angeordnete Rückführungen konsequent durchgeführt werden. Individuelle Abschiebungsverbote, gerichtliche Entscheidungen, Schutzbedürftigkeit und das Verbot der Zurückweisung in Verfolgung oder unmenschliche Behandlung bleiben verbindliche Grenzen.

9.5 Gezielte Arbeitsmigration

Die Partei unterstützt eine kontrollierte Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte in nachweislich von Engpässen betroffenen Berufen. Auswahlmaßstäbe sollen berufliche Qualifikation, Anerkennungsfähigkeit, konkrete Beschäftigungsperspektiven sowie die erforderlichen Sprach- und Integrationsvoraussetzungen sein.

Verfahren für Arbeitgeber und Bewerber sollen verständlicher und digitaler werden. Missbrauch, Scheinarbeitsverhältnisse und die Unterschreitung arbeitsrechtlicher Mindeststandards sollen bekämpft werden. Die Anwerbung im Ausland soll die Ausbildung und Qualifizierung von Menschen, die bereits in Deutschland leben, ergänzen.

9.6 Integration: Unterstützung und Pflichten

Integration beruht auf gegenseitigen Erwartungen. Die Partei will frühzeitig zugängliche Sprachkurse, Orientierung zu Rechtsordnung und demokratischen Grundwerten, Anerkennung beruflicher Qualifikationen und Wege in Ausbildung und Arbeit ermöglichen.

Zugleich sollen zumutbare Mitwirkungspflichten und klar formulierte Teilnahmeerwartungen gelten, soweit sie gesetzlich zulässig sind. Für Menschen mit besonderem Förderbedarf sind passende Unterstützungsangebote vorzusehen. Maßnahmen sollen anhand von Spracherwerb, Bildungs- und Arbeitsmarktteilnahme sowie tatsächlichen Integrationschancen evaluiert werden.

9.7 Leistungen für Asylsuchende

Die Partei strebt ein transparentes, bundesweit besser abgestimmtes Leistungssystem an. Wo sachlich begründet und rechtlich zulässig, sollen Sachleistungen und Bezahlkarten zum Einsatz kommen. Verwaltung und Leistungsauszahlung sollen digitalisiert und gegen Missbrauch abgesichert werden.

Unterschiedliche Bedarfslagen und aufenthaltsrechtliche Situationen können nur im Rahmen verfassungs- und menschenrechtlicher Vorgaben berücksichtigt werden. Das menschenwürdige Existenzminimum sowie notwendige Gesundheitsversorgung müssen gewährleistet bleiben. Bund, Länder und Kommunen sollen die tatsächlichen Kosten nachvollziehbar ausweisen.

9.8 Einbürgerung und doppelte Staatsangehörigkeit

Die Partei will die Voraussetzungen einer Einbürgerung stärker an dauerhaftem rechtmäßigem Aufenthalt, ausreichenden Deutschkenntnissen, nachweisbarer Integration, Achtung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und grundsätzlich eigenständiger Lebensunterhaltssicherung ausrichten. Die konkrete Dauer erforderlicher Aufenthaltszeiten und die Ausnahmen müssen im Gesetzgebungsprozess ausgearbeitet werden.

Als Grundsatz soll die Einbürgerung mit einer eindeutigen staatsbürgerlichen Zuordnung verbunden sein. Deshalb befürwortet die Partei, die Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit grundsätzlich wieder stärker vorzusehen, sofern sie rechtlich und tatsächlich zumutbar ist. Unzumutbare Entlassungsbedingungen, Staatenlosigkeit, besondere familiäre Konstellationen sowie verfassungs-, europa- und völkerrechtliche Verpflichtungen erfordern ausdrückliche Ausnahmen und angemessene Übergangsregeln.

9.9 Europäische Migrationspolitik

Die Partei fordert eine Neuordnung europäischer Zuständigkeiten mit handlungsfähigem Außengrenzschutz, rechtsstaatlich einheitlichen Verfahrensstandards, praktikablen Regeln für die Verantwortung der Mitgliedstaaten und wirksamer Kooperation mit Herkunfts- und Transitstaaten.

Deutschland soll innerhalb der Europäischen Union auf größere administrative Klarheit und nationalen Handlungsspielraum im rechtlich vorgesehenen Rahmen hinwirken. Gemeinsame Standards müssen Schutzsuchenden verlässliche Verfahren bieten und zugleich rechtskräftige Entscheidungen besser vollziehbar machen.

9.10 Umsetzung und Kontrolle

Die Partei schlägt eine regelmäßige öffentliche Berichterstattung mit aussagekräftigen Kennzahlen vor: Bearbeitungszeiten, Bestandsverfahren, rechtskräftige Entscheidungen, freiwillige Rückkehr, vollzogene Rückführungen, Fachkräfteverfahren, Integrationsangebote sowie Kosten für Bund, Länder und Kommunen.

Neue Maßnahmen sollen mit einer Folgeabschätzung für Personalbedarf, IT, Haushalt, Grundrechte, europäische Verpflichtungen und kommunale Umsetzung verbunden werden.

10. Wirtschaft Mittelstand Digitalisierung und Verbraucherschutz

10.1 Soziale Marktwirtschaft und Wettbewerb

Die PfD bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft, zum Privateigentum und zum offenen Wettbewerb. Unternehmertum soll durch Rechtssicherheit, tragbare Abgaben und faire Chancen gefördert werden. Der Staat setzt den Ordnungsrahmen und verhindert Monopole sowie Missbrauch marktbeherrschender Stellungen. Preisbildung durch staatliche Planvorgaben lehnt die PfD grundsätzlich ab.

10.2 Starker Mittelstand und Handwerk

Kleine und mittlere Betriebe sichern Arbeitsplätze, Ausbildung und regionale Wertschöpfung. Die PfD will Genehmigungsfristen verkürzen, Berichtspflichten reduzieren und Nachfolgeregelungen erleichtern. Handwerksmeister und Gründer benötigen verständliche Steuervorschriften sowie einen fairen Zugang zu öffentlichen Aufträgen und Finanzierung.

10.3 Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Freier Handel soll auf Gegenseitigkeit, fairen Wettbewerbsbedingungen und belastbaren Umwelt-, Arbeits- und Verbraucherschutzstandards beruhen. Internationale Abkommen dürfen demokratische Gesetzgebung und rechtliche Kontrollmöglichkeiten nicht unnötig einschränken. Die PfD fordert transparente Verhandlungen und eine Folgenabschätzung für Landwirtschaft, Industrie und Mittelstand.

10.4 Bürokratieabbau und schnellere Verwaltung

Jede neue staatliche Pflicht soll hinsichtlich Nutzen, Aufwand und Vollzug geprüft werden. Die PfD fordert feste Bearbeitungsfristen, digitale Anträge, verständliche Formulare und regelmäßige Befristungen von Berichtspflichten. Behörden sollen vorhandene Daten rechtmäßig austauschen können, statt sie mehrfach von Bürgern und Unternehmen einzufordern.

10.5 Wissenschaft Technologie und Innovation

Deutschland soll ein attraktiver Standort für Maschinenbau, Chemie, Biotechnologie, Software, sichere Halbleiter und moderne Produktion bleiben. Forschung, Gründung und Technologietransfer brauchen Planungssicherheit sowie eine leistungsfähige Infrastruktur. Staatliche Innovationsförderung soll offen für unterschiedliche technische Lösungswege sein und überprüfbare Erfolge verlangen.

10.6 Staatliche Subventionen

Subventionen sollen auf nachvollziehbare Ausnahmefälle beschränkt, zeitlich befristet und regelmäßig unabhängig evaluiert werden. Dauerhafte Wettbewerbsverzerrungen sind abzubauen. Rettungen einzelner Betriebe dürfen nicht zulasten kleiner Wettbewerber oder zukünftiger Generationen ohne klare Begründung erfolgen.

10.7 Privatisierung und kommunale Daseinsvorsorge

Die PfD lehnt die Veräußerung wichtiger öffentlicher Einrichtungen gegen den erklärten Willen betroffener Bürger ab. Bei Wasser, kommunaler Infrastruktur und anderen lebenswichtigen Dienstleistungen müssen Versorgungssicherheit und öffentliche Kontrolle gewährleistet sein. Wirtschaftlich sinnvolle Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen bleibt möglich, sofern Risiken, Verträge und Verantwortlichkeiten transparent sind.

10.8 Digitale Souveränität

Öffentliche Stellen sollen offene Standards, nachvollziehbare Software, sichere Hardware und wo sinnvoll quelloffene Anwendungen bevorzugen. Datenschutz, Verschlüsselung und Cybersicherheit sind wirtschaftliche Standortfaktoren. Die PfD fordert digitale Verwaltungsangebote, die barrierearm sind und analoge Zugänge für Menschen ohne digitale Möglichkeiten erhalten.

10.9 Verbraucherrechte und Produktqualität

Verbraucher sollen Lebensmittel, Inhaltsstoffe, Herkunft und wesentliche Produkteigenschaften verständlich erkennen können. Die PfD will irreführende Kennzeichnung bekämpfen und Reparierbarkeit sowie die Langlebigkeit von Produkten stärken. Kinderspielzeug und Textilien müssen wirksam auf gefährliche Stoffe geprüft werden. Trinkwasserqualität und Wasseraufbereitung erfordern moderne Technik und transparente Kontrolle.

10.10 Geistiges Eigentum und kulturelle Digitalisierung

Bibliotheken, Wissenschaftseinrichtungen und Archive sollen deutsche Literatur und historische Bestände rechtssicher digital zugänglich machen. Urheber- und Persönlichkeitsrechte sind zu respektieren. Digitale Innovation soll einerseits wirtschaftliche Kreativität ermöglichen und andererseits den Zugang zu Wissen verbessern.

11. Steuern Finanzen und föderale Verantwortung

11.1 Einfacheres und gerechtes Steuersystem

Die PfD fordert eine grundlegende Vereinfachung der Einkommensteuer mit transparenten Tarifstufen und einem verständlichen Verfahren für Arbeitnehmer, Selbstständige und Familien. Steuerpflichtige sollen ihre Belastung zuverlässig vorausberechnen können. Arbeit und unternehmerische Initiative sind spürbar zu entlasten; ein konkreter Tarifverlauf muss anhand unabhängiger Aufkommensberechnungen entwickelt werden.

11.2 Begrenzung der Gesamtbelastung

Steuern, Abgaben und Sozialbeiträge dürfen Bürger und Unternehmen nicht überfordern. Die PfD unterstützt eine verbindliche politische Belastungsgrenze, deren Bemessung, mögliche Ausnahmen und finanzielle Folgen offen zu berechnen sind. Eine Entlastung soll in erster Linie aus Haushaltspriorisierung, Wirtschaftswachstum, dem Abbau unwirksamer Subventionen und effizienterer Verwaltung finanziert werden.

11.3 Familien steuerlich fördern

Die PfD befürwortet die Einführung eines Familiensplittings, das die Versorgung von Kindern und andere Unterhaltspflichten berücksichtigt. Eltern sollen unabhängig davon entlastet werden, wie sie Erwerbs- und Familienarbeit aufteilen. Die Wechselwirkungen mit Kindergeld, Freibeträgen und den Regeln für Alleinerziehende müssen zusammenhängend geregelt werden.

11.4 Vermögen Erbschaft und Gewerbesteuer

Die PfD fordert die Abschaffung der Vermögensteuer und der Erbschaftsteuer. Die kommunale Gewerbesteuer soll durch eine verlässlich finanzierte Alternative ersetzt oder grundlegend umgestaltet werden. Die finanziellen Auswirkungen auf Kommunen sowie die Sicherung der Haushaltsautonomie sind vor der Umsetzung verbindlich zu klären.

11.5 Umsatzsteuer und Abgabenrecht

Die unterschiedlichen Umsatzsteuersätze sollen auf sachlich nachvollziehbare Kriterien überprüft und soweit möglich vereinheitlicht werden. Die PfD will Sondertatbestände reduzieren und die Abrechnung für Unternehmen erleichtern. Verbraucherschutz und die Belastung einkommensschwacher Haushalte müssen in der Gesamtbetrachtung berücksichtigt werden.

11.6 Steuerautonomie im europäischen Wettbewerb

Deutschland soll die wesentlichen Entscheidungen über sein Steuersystem selbst treffen können. Die PfD lehnt eine weitergehende Vereinheitlichung nationaler Steuertarife auf EU-Ebene ab, soweit dadurch demokratische Gestaltungsmöglichkeiten verloren gehen. Gegen grenzüberschreitende Steuerhinterziehung und missbräuchliche Gewinnverlagerung soll wirksam zusammengearbeitet werden.

11.7 Privatsphäre Bankdaten und Steuervollzug

Die PfD will den Schutz privater Finanzdaten stärken und unverhältnismäßige Datensammlungen begrenzen. Ein erweitertes Bank- und Steuergeheimnis muss mit der wirksamen Bekämpfung von Geldwäsche, Korruption und Steuerkriminalität in Einklang gebracht werden. Datenzugriffe sollen gesetzlich bestimmt, dokumentiert und kontrolliert werden.

11.8 Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung

Bund, Länder und Gemeinden brauchen eine klare Aufgaben- und Finanzierungsordnung. Die PfD will die Länder in eigenen Zuständigkeiten stärken und Kommunen vor unbezahlten Pflichtaufgaben schützen. Wer eine neue Leistung vorschreibt, muss grundsätzlich auch ihre Finanzierung regeln. Kommunale Haushalte sollen übersichtlicher und durch örtliche demokratische Entscheidungen besser kontrollierbar werden.

11.9 Schuldenbegrenzung und Tilgung

Staatliche Verschuldung soll auf ein tragfähiges Maß begrenzt und langfristig zurückgeführt werden. Die PfD befürwortet verbindliche Tilgungspläne, die Offenlegung sämtlicher Nebenhaushalte und eine Priorisierung von Investitionen mit hohem dauerhaftem Nutzen. Gesetzliche Vorgaben zur Schuldenaufnahme und deren Ausnahmen müssen transparent und verfassungsfest ausgestaltet sein.

11.10 Bargeld und Zahlungsfreiheit

Bargeld soll als gesetzliches Zahlungsmittel im täglichen Leben erhalten bleiben. Die PfD lehnt pauschale Abschaffungsszenarien und eine rechtliche Benachteiligung barer Zahlungen ab. Digitale Zahlungen sind eine sinnvolle Ergänzung, dürfen aber nicht zu einer vollständigen Erfassung persönlicher Konsumgewohnheiten führen. Der Zugang zu Bargeld im ländlichen Raum ist zu sichern.

11.11 Geldordnung und staatliche Goldreserven

Die PfD fordert eine offene Debatte über Stabilität, Haftungsrisiken und demokratische Kontrolle des Geldsystems. Deutsche Goldreserven und andere Vermögenswerte des Bundes sollen transparent bilanziert und nach überprüfbaren Sicherheits- und Kostenkriterien verwahrt werden. Veränderungen an der Währungsarchitektur benötigen unabhängige Folgenanalysen.

12. Energie Umwelt und technologieoffene Versorgung

12.1 Sichere bezahlbare Energie

Energiepolitik muss Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Umweltschutz gleichzeitig gewährleisten. Die PfD lehnt staatliche Vorgaben ab, die einzelne Technologien ohne ausreichende Folgenprüfung ausschließen. Versorgungssicherheit ist durch belastbare Stromnetz-, Speicher- und Erzeugungskonzepte sicherzustellen. Klimapolitische Maßnahmen sollen auf Wirksamkeit, Kosten und internationale Wirkung überprüft werden.

12.2 Förderung erneuerbarer Energien neu ordnen

Die PfD fordert einen grundlegenden Systemwechsel weg von dauerhaften gesetzlich garantierten Einspeisevergütungen und einseitigen Subventionen. Investitionen sollen sich stärker am Wettbewerb und am tatsächlichen Bedarf des Stromsystems orientieren. Bestehende Ansprüche und Investitionsschutz sind in Übergangsregelungen zu berücksichtigen. Netzkosten, Ausgleichsenergie und Systemstabilität müssen ehrlich ausgewiesen werden.

12.3 Gebäude und Wärmeversorgung

Eigentümer und Mieter sollen in der Wahl tragfähiger Heizsysteme nicht ohne sachlichen Grund eingeschränkt werden. Die PfD will pauschale energetische Verpflichtungen und technologiespezifische Austauschvorgaben überprüfen, die unverhältnismäßige Kosten auslösen. Energieeinsparung bleibt ein sinnvolles Ziel; ihre Förderung soll auf Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und sozialer Verträglichkeit beruhen.

12.4 Biomasse und Flächennutzung

Die Förderung von Biomasse zur Energiegewinnung soll anhand von Klimawirkung, Nahrungsmittelkonkurrenz, Naturschutz und Wirtschaftlichkeit überprüft werden. Dauerhafte Vorrangregeln und Subventionen sind zu begrenzen. Landwirtschaftliche Flächen sollen in erster Linie der Lebensmittelproduktion und einer nachhaltigen Bewirtschaftung dienen.

12.5 Fracking und Rohstoffgewinnung

Chancen und Risiken unkonventioneller Erdgasförderung sollen wissenschaftlich untersucht werden. Die PfD befürwortet keine Genehmigung ohne Nachweise zur Beherrschbarkeit von Risiken für Trinkwasser, Umwelt und Gesundheit sowie ohne transparente Beteiligung der betroffenen Bürger. Die Versorgungssicherheit darf nicht gegen elementare Schutzstandards ausgespielt werden.

12.6 Kernenergie und Forschung

Die PfD will die erneute Nutzung und Weiterentwicklung der Kernenergie einschließlich moderner Reaktorkonzepte prüfen. Forschung an Sicherheit, Entsorgung und neuen Technologien soll ergebnisoffen stattfinden. Eine etwaige Rückkehr zur Kernenergienutzung setzt belastbare Wirtschaftlichkeits-, Sicherheits-, Genehmigungs- und Entsorgungskonzepte voraus; die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Anlagen kann nicht pauschal zugesagt werden.

12.7 Umweltpolitik mit überprüfbaren Ergebnissen

Die PfD unterstützt saubere Luft, gesunde Böden, Gewässerschutz und wirksame Maßnahmen gegen Schadstoffe. Umweltpolitische Entscheidungen sollen anhand konkreter Ziele, messbarer Ergebnisse und angemessener Kosten getroffen werden. Forschung, Innovation, freiwillige Kooperation und verursachergerechte Haftung sind gegenüber pauschalen Verboten zu bevorzugen, sofern damit Schutzstandards tatsächlich erreicht werden.

13. Natur Landwirtschaft Forst und Tierschutz

13.1 Naturschutz und Artenvielfalt

Die PfD will Landschaften, Wälder, Böden, Gewässer und heimische Arten langfristig erhalten. Naturschutz soll wissenschaftlich begründet und in Zusammenarbeit mit Landwirten, Waldbesitzern und Kommunen umgesetzt werden. Schutzgebiete benötigen klare Bewirtschaftungsregeln, verlässliche Pflege und finanzielle Ausgleichsmechanismen für rechtmäßige Nutzungseinschränkungen.

13.2 Windenergie und Raumordnung

Der Ausbau der Windenergie soll sich nach tatsächlichem Energiebedarf, Wirtschaftlichkeit, Netzkapazität sowie Landschafts-, Arten- und Anwohnerschutz richten. Die PfD befürwortet strengere Standortprüfungen und eine Begrenzung einseitiger Ausbauvorgaben. Bürger und Kommunen müssen frühzeitig beteiligt werden; rechtssichere Abstands- und Naturschutzregelungen sind zu gewährleisten.

13.3 Tierschutz in Landwirtschaft und Gesellschaft

Tiere sind fühlende Lebewesen und müssen vor vermeidbaren Schmerzen und Leiden geschützt werden. Die PfD unterstützt wirksame Kontrollen gegen Tierquälerei, praxistaugliche Standards für Haltung und Transport sowie Forschung zu schonenderen Verfahren. Die wirtschaftliche Lage kleiner Betriebe soll bei der Umsetzung berücksichtigt werden, ohne Mindeststandards aufzugeben.

13.4 Schlachtung und religiöse Praktiken

Die PfD befürwortet eine strenge Begrenzung der Schlachtung ohne vorherige wirksame Betäubung und die konsequente Anwendung tierschutzrechtlicher Vorschriften. Religiöse Freiheiten und bestehende europäische Rechtsregeln sind bei einer gesetzlichen Neuregelung zu berücksichtigen. Der Schutz vor vermeidbarem Tierleid bildet das wesentliche Ziel.

13.5 Gentechnik und verantwortliche Forschung

Die Bewertung gentechnischer Verfahren in Landwirtschaft und Medizin soll auf wissenschaftlichen Risikoanalysen beruhen. Verbraucher brauchen Transparenz und nachvollziehbare Kennzeichnung; landwirtschaftliche Betriebe müssen Wahlmöglichkeiten behalten. Neue Verfahren sollen weder ungeprüft zugelassen noch allein wegen ihres Verfahrens pauschal verboten werden.

13.6 Landwirtschaft und Wettbewerb

Die PfD fordert faire Erzeugerpreise, geringere Bürokratie und einen Abbau dauerhaft marktverzerrender Subventionen. Landwirte sollen unter verlässlichen Umwelt- und Tierschutzregeln wirtschaftlich arbeiten können. Regionale Lebensmittelketten, Hofnachfolge, Wassermanagement und der Schutz hochwertiger Böden sind zu stärken.

13.7 Fischerei Jagd und nachhaltige Forstwirtschaft

Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen erfordert fachliche Bestandsregulierung, Artenschutz und langfristige Bewirtschaftung. Die PfD unterstützt eine verantwortungsvolle Jagd, wissenschaftlich begründete Fischereiregeln und naturnahe Forstwirtschaft. Schädlinge, Waldbrandrisiken und Klimafolgen sollen durch Vorsorge, Forschung und regionale Kooperation bewältigt werden.

13.8 Nutzflächen schützen

Land- und forstwirtschaftliche Flächen sollen nicht unbegrenzt für Siedlungen, Infrastruktur oder Energieanlagen beansprucht werden. Flächenverbrauch, Ausgleichsmaßnahmen und Nutzungskonflikte sind frühzeitig zu prüfen. Innenentwicklung und die Wiedernutzung bereits versiegelter Flächen sollen Vorrang haben, wo dies städtebaulich sinnvoll ist.

14. Verkehr Wohnen Infrastruktur und ländliche Räume

14.1 Erhalt vor Prestigeprojekten

Öffentliche Infrastruktur muss dauerhaft funktionsfähig sein. Die PfD fordert eine verbindliche Bestandsaufnahme von Straßen, Brücken, Schulen, Verwaltungsgebäuden und Versorgungsnetzen. Instandhaltung und sicherheitsrelevante Sanierung sollen grundsätzlich Vorrang vor politisch motivierten Prestigeprojekten erhalten. Investitionen sind nach Nutzen, Folgekosten und regionaler Bedeutung zu priorisieren.

14.2 Transparente öffentliche Bauvorhaben

Öffentlich-private Partnerschaften können sinnvoll sein, müssen aber mit eigenen staatlichen Lösungen vergleichbar gerechnet werden. Die PfD fordert Veröffentlichung wesentlicher Kosten- und Risikoannahmen, unabhängige Prüfungen und Regeln gegen Lobbyeinfluss bei Vergaben. Komplexe Finanzierungsmodelle dürfen langfristige Haushaltslasten nicht verschleiern.

14.3 Straßen und Schienen leistungsfähig halten

Die PfD unterstützt den Erhalt leistungsfähiger Straßen-, Schienen- und Wasserwegenetze. Engpässe sollen dort beseitigt werden, wo nachweislich wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Nutzen entsteht. Digitalisierte Verkehrsleittechnik, verlässlicher Winterdienst und eine schnellere Sanierung maroder Brücken gehören zu den Prioritäten.

14.4 Güterverkehr klug verlagern

Soweit technisch und wirtschaftlich geeignet, sollen Gütertransporte auf Schiene und Wasserstraße erleichtert werden. Voraussetzung sind nutzbare Trassen, Umschlaganlagen, ausreichend Kapazitäten und ein Wettbewerb fairer Transportbedingungen. Für ländliche Gebiete und die letzte Transportstrecke bleibt der Straßenverkehr unverzichtbar.

14.5 Freie Wahl der Verkehrsmittel

Bürger sollen selbst entscheiden können, ob sie Auto, Bus, Bahn, Fahrrad oder andere Verkehrsmittel nutzen. Die PfD lehnt pauschale Fahrverbote und einseitige Benachteiligungen bestimmter Antriebsarten ab, wenn keine konkrete und verhältnismäßige Gefahrenlage vorliegt. Innovation, Verkehrssicherheit und bezahlbare Mobilität sollen im Mittelpunkt stehen.

14.6 Zukunft für ländliche Regionen

Die PfD will medizinische Versorgung, Schulen, Nahverkehr, digitale Netze, Einkaufsmöglichkeiten und öffentliche Sicherheit auf dem Land erhalten. Regionale Unternehmen und Vereine benötigen Planungssicherheit, und Gemeinden sollen mehr Handlungsspielraum bekommen. Flächendeckende Netzanbindung und verlässliche Straßeninfrastruktur sind Grundlagen gleichwertiger Lebensverhältnisse.

14.7 Wohnraum schaffen und Baurecht vereinfachen

Die PfD fordert schnellere Baugenehmigungen, verständliche Bauvorschriften und eine stärkere Nutzung bereits erschlossener Flächen. Bezahlbarer Wohnraum soll durch mehr Angebot, verlässliche Investitionsbedingungen und gezielte Förderung entstehen. Wohneigentum soll insbesondere Familien und Menschen mit mittlerem Einkommen leichter zugänglich werden. Mieterschutz und berechtigte Eigentümerinteressen sind in einen fairen Ausgleich zu bringen.

14.8 Stadtentwicklung mit Augenmaß

Städte und Gemeinden sollen sich nach den Bedürfnissen ihrer Bewohner entwickeln. Die PfD befürwortet maßvolle Nachverdichtung, Schutz historischer Ortsbilder, ausreichend Grünflächen und den Erhalt öffentlicher Infrastruktur. Große Planungen müssen ihre Folgen für Verkehr, Schulen, medizinische Versorgung und Umwelt offenlegen.

15. Gesundheit Pflege und medizinische Versorgung

15.1 Flächendeckende medizinische Versorgung

Die PfD fordert eine verlässliche medizinische Grund- und Notfallversorgung in Stadt und Land. Krankenhäuser, Arztpraxen, Rettungsdienste und Apotheken müssen bedarfsgerecht erreichbar sein. Strukturreformen sind an Versorgungsqualität, tatsächlichem Bedarf und Erreichbarkeit zu messen, nicht allein an kurzfristigen Haushaltszielen.

15.2 Krankenhausversorgung und Beschäftigte

Die Finanzierung von Kliniken soll Qualität, Bereitschaftsdienste, Notfallversorgung und besondere regionale Aufgaben angemessen berücksichtigen. Pflegekräfte, ärztliches Personal, Therapeutinnen und Therapeuten sowie technische und unterstützende Berufsgruppen verdienen sichere Arbeitsbedingungen. Bürokratische Dokumentationspflichten sollen auf erforderliche Nachweise begrenzt werden.

15.3 Vorsorge und Eigenverantwortung

Früherkennung, Impfberatung, Gesundheitsbildung, Bewegung und Ernährungsaufklärung sollen wissenschaftlich fundiert und gut zugänglich sein. Die PfD betont die Bedeutung eigenverantwortlicher Entscheidungen innerhalb des Schutzes Dritter und der öffentlichen Gesundheit. Medizinische Maßnahmen benötigen transparente Aufklärung und die Beachtung der Patientenrechte.

15.4 Pflegeversorgung verbessern

Ambulante, teilstationäre und stationäre Pflegeangebote sollen miteinander verzahnt werden. Die PfD fordert ausreichend qualifiziertes Personal, transparente Qualitätssicherung und verlässliche Finanzierung. Angehörige sollen durch Beratungsstellen, Entlastungsangebote und angemessene soziale Absicherung unterstützt werden.

15.5 Rettungsdienst und Katastrophenmedizin

Rettungsdienste benötigen klare Qualitätsstandards, verlässliche Leitstellen, ausreichend besetzte Fahrzeuge und funktionierende Zusammenarbeit mit Krankenhäusern. Bund, Länder und Kommunen sollen medizinische Versorgung bei großflächigen Störungen, Krisen und Katastrophen besser abstimmen. Ehrenamtliche und hauptamtliche Strukturen sind angemessen zu berücksichtigen.

16. Ehrenamt Feuerwehr Vereine und bürgerschaftliche Verantwortung

16.1 Gesellschaftlicher Wert des Ehrenamts

Die PfD erkennt das Engagement in Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Vereinen, Sport, Kultur, Jugendarbeit und Nachbarschaftshilfe als unverzichtbaren Bestandteil des Zusammenlebens an. Ehrenamtliche sollen weniger Verwaltungsaufwand, verlässliche Förderregeln und bessere Anerkennung erhalten. Bürokratische Hürden bei Veranstaltungen und Vereinsarbeit sollen überprüft werden.

16.2 Freiwillige Feuerwehren und Katastrophenschutz

Freiwillige Feuerwehren und Einheiten des Bevölkerungsschutzes brauchen moderne Fahrzeuge, persönliche Schutzausrüstung, Ausbildungsangebote und belastbare Gerätehäuser. Die PfD fordert eine auskömmliche kommunale Finanzierung und abgestimmte Förderprogramme. Arbeitgeber sollen bei Freistellungen unterstützt und Einsatzkräfte nach belastenden Ereignissen besser betreut werden.

16.3 Jugendfeuerwehr und Jugendarbeit

Jugendorganisationen vermitteln Verantwortung, Zusammenarbeit und praktische Fähigkeiten. Die PfD will ausreichende Betreuerqualifizierung, sichere Ausrüstung, attraktive Ausbildungsinhalte und unkomplizierte Unterstützung bei Ausflügen und Wettbewerben. Die Nachwuchsarbeit darf nicht an fehlenden Finanzmitteln oder übermäßiger Bürokratie scheitern.

16.4 Vereinbarkeit von Arbeit Familie und Ehrenamt

Schichtarbeit, Sorgearbeit und ehrenamtliche Verpflichtungen lassen sich nicht immer leicht vereinbaren. Die PfD fordert bessere Abstimmung von Freistellungsregeln, Qualifizierung und beruflicher Anerkennung ehrenamtlich erworbener Kompetenzen. Die Verantwortung für Einsatzbereitschaft und Ausbildung ist auf mehrere Schultern zu verteilen.

16.5 Schutz und Anerkennung von Einsatzkräften

Gewalt und Bedrohungen gegen Einsatzkräfte müssen konsequent verfolgt werden. Die PfD will Versicherungsschutz, Gesundheitsvorsorge und psychosoziale Unterstützung verbessern. Bürger sollen die Bedeutung öffentlicher und ehrenamtlicher Hilfe bereits in der Schule kennenlernen.

17. Umsetzung Finanzierung und demokratischer Beschluss

17.1 Prioritäten und Rechtsprüfung

Die Umsetzung des Programms erfolgt durch demokratische Gesetzgebung. Für jedes größere Vorhaben sollen Zuständigkeit, Vereinbarkeit mit Grundgesetz und bindendem Recht, Kosten, mögliche Alternativen und Auswirkungen auf Betroffene geprüft werden. Politische Ziele, deren Durchführung Verfassungsänderungen, europäische Neuverhandlungen oder neue Staatsverträge erfordert, werden ausdrücklich als Reformaufträge behandelt.

17.2 Haushaltsverantwortung

Neue Ausgaben sind durch nachvollziehbare Finanzierungsvorschläge zu unterlegen. Einsparziele müssen konkret benannt und dürfen nicht mehrfach verplant werden. Die PfD strebt regelmäßig eine transparente Prioritätenliste an, die die finanziellen Auswirkungen wichtiger Reformen für Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungssysteme offenlegt.

17.3 Beteiligung der Mitglieder

Über das Grundsatzprogramm und spätere Änderungen entscheiden die zuständigen Mitglieder- oder Vertreterversammlungen nach dem Parteiengesetz und der Satzung. Die PfD gewährleistet eine offene innerparteiliche Diskussion und eine transparente Beschlussfassung. Künftige Änderungen werden mit Datum, Begründung und Versionsnummer dokumentiert.